



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales, Gesundheit,
Integration, Kinder und Familie
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 09.03.2017

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie
am Mittwoch, 15. März 2017, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. 17-F-21-0004

Berichts Antrag Unterhaltsvorschuss

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die GRÜNEN vom
8.3.2017 -

Ab dem 01. Juli 2017 tritt die Neuregelung zum Unterhaltsausfall- und Vorschussgesetzes in Kraft. Die Neuregelung soll Alleinerziehende stärken. Im Rahmen der Überarbeitung wird die Altersgrenze der zuschussberechtigten Kinder von 12 auf 18 Jahre angehoben, die Bezugsdauergrenze von maximal 6 Jahren aufgehoben und die Finanzierung zwischen Bund und Ländern neu geregelt.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, die Neuregelung des Unterhaltsvorschlusses zu bewerten, auch in Bezug auf einen möglichen Mehraufwand der Verwaltung und anfallender Kosten.
2. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt den Beschluss des Deutschen Städtetages vom 01.12.2016, die finanziellen Mehrbelastungen der Kommunen sowohl bei den Leistungsausgaben als auch bei den Verwaltungsausgaben für das Unterhaltsvorschlussgesetz vollständig auszugleichen.

2. 17-F-02-0005

Einmaliger Zuschuss für das Projekt StarKi
- Antrag der SPD-Fraktion vom 08.03.2017 -

Das Projekt Starke-Kinder-Angebot (StarKi) der Werksgemeinschaft Rehabilitation e.V. wendet sich an Kinder psychisch erkrankter Eltern oder Bezugspersonen. Kinder und Jugendliche finden hier Beratung und Betreuung, in Einzel- wie in Gruppengesprächen. Aber auch die Eltern finden Ansprechpartner und werden an andere Angebote vermittelt.

Das zunächst für drei Jahre geplante Projekt wurde zu Beginn von der Aktion Mensch e.V. finanziert. Mittlerweile besteht das Projekt in etwas abgespeckter Form erfolgreich seit fünf Jahren. Im April 2016 lief die Finanzierung durch Aktion Mensch e.V. aus. Seit dem hat sich StarKi durch Spendengelder, die Unterstützung einer Stiftung und einen einmaligen Zuschuss durch das Gesundheitsdezernat finanziert. Allerdings reichen die Gelder nicht aus, um das Projekt für das ganze Jahr 2017 zu sichern.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass der Magistrat für das laufende Jahr 2017 außerplanmäßig Mittel in Höhe von 30.000 Euro für das Projekt „StarKi“ für Kinder und Jugendliche psychisch kranker und suchtkranker Eltern bereitstellt. Die Deckung erfolgt aus den zusätzlichen Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs für 2017.

3. 17-F-02-0006

Einmaliger Zuschuss zur Einführung eines Fachverfahrens bei der Bezirkssozialarbeit
- Antrag der SPD-Fraktion vom 8.3.2017 -

Aktuell gibt es in der Bezirkssozialarbeit (BSA) kein einheitliches EDV-Programm, mit dem gearbeitet wird. Vielmehr gibt es verschiedene Programme, die nicht miteinander vernetzbar sind und somit viel Arbeitszeit binden. Diese fehlt dann bei der direkten Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Eltern. Aber es fehlt auch die für eine adäquate Personalbedarfsbemessung notwendige technische Grundlage ist nicht gegeben.

Ziel der Einführung des Fachverfahrens zur Falldokumentation und Analyse in der Bezirkssozialarbeit ist nicht nur in Zeiten zunehmender Überlastungsanzeigen von Seiten der BSA unnötige Arbeitsschritte weitgehend zu eliminieren, sondern auch die Prozesse und deren Dokumentation qualitativ soweit weiter zu entwickeln, dass die daraus resultierenden Auftrags- und Falldaten direkt in ein Modell zur flexiblen bedarfsgerechten Personalbemessung, wie vom Jugendhilfeausschuss und nicht zuletzt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gefordert, einfließen können.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass der Magistrat für das laufende Jahr 2017 außerplanmäßig Mittel in Höhe von 380.000 Euro für die Einführung und Umsetzung eines Fachverfahrens zur Falldokumentation und Analyse in der Bezirkssozialarbeit bereitstellt. Die Deckung erfolgt aus den zusätzlichen Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs für 2017.

4. 17-F-02-0007

Einmaliger Zuschuss für das Haus der Jugendorganisationen
- Antrag der SPD-Fraktion vom 8.3.2017 -

Mit dem Beschluss Nr. 0295 vom 22.09.2016 hat die Stadtverordnetenversammlung einen jährlichen Sach- und Personalkostenzuschuss für das durch den Stadtjugendring initiierte Haus der Jugendorganisationen, auch Jungbrunnen genannt, beschlossen. Dieser Zuschuss muss für das Jahr 2017 noch gedeckt werden.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass der Magistrat für das laufende Jahr 2017 außerplanmäßig Mittel in Höhe von 25.000 Euro für das Haus der Jugendorganisationen bereitstellt. Die Deckung erfolgt aus den zusätzlichen Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs für 2017.

5. 17-F-02-0009

Einmaliger Zuschuss für die Internationale Jugendarbeit für Herkunftsbenachteiligte
- Antrag der SPD-Fraktion vom 8.3.2017 -

Begründung wird nachgereicht

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass der Magistrat für das laufende Jahr 2017 außerplanmäßig Mittel in Höhe von 150.000 Euro für die Internationale Jugendarbeit für Herkunftsbenachteiligte bereitstellt. Die Deckung erfolgt aus den zusätzlichen Mitteln des Kommunalen Finanzausgleichs für 2017.

6. 17-V-06-0005 ANLAGE

Erweiterung des Zwerg-Nase-Hauses

- *Bericht des Dezernates VI vom 24.02.2017 zum Beschluss-Nr. 0090, Ziffer 2 vom 02.11.2016 des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie* -

- Der Magistrat berät hierzu vorauss. in seiner Sitzung am 14.03.2107 -

7. 17-A-58-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Gesundheits- und Integrationsbereich

8. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 16-F-02-0030 ANLAGE

Kinderbetreuung - Urteil des Bundesgerichtshofes

- *Bericht des Dezernates II vom 07.02.2017* -

2. 16-F-03-0107 ANLAGE

Ausbau der Kinderbetreuung

- *Bericht des Dezernates II vom 07.02.2017* -

3. 17-F-08-0004 ANLAGE

Wiesbadener Sozialkarte

- *Bericht des Dezernates II vom 16.2.2017* -

4. 17-V-06-0002 DL 08/17-1

Haushaltsauswirkungen durch Flüchtlinge 2015/2016

5. 17-V-06-0003 DL 08/17-2 NÖ

Restrukturierung der Altenpflegegesellschaften

- | | | |
|------------|--|-------------------|
| 6. | 17-V-06-0004 | DL 10/17-4 |
| | Neuausrichtung städtische Altenpflege; Machbarkeitsstudie Moritz-Lang-Haus | |
| 7. | 17-V-33-0001 | DL 09/17-1 |
| | Integrationskonzept für geflüchtete Menschen in Wiesbaden | |
| 8. | 17-V-40-0001 | DL 09/17-2 |
| | Pakt für den Nachmittag 2017/2018 | |
| 9. | 17-V-40-0005 | DL 10/17-8 |
| | Jahresabschluss 2016; IM - Deckungen für Grundschulkinderbetreuung | |
| 10. | 17-V-50-0002 | DL 09/17-3 |
| | Planstellen Fallmanagement Jugend | |
| 11. | 17-V-51-0002 | DL 09/17-4 |
| | Geschäftsbericht der Schulsozialarbeit Wiesbaden für das Jahr 2016, Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen | |
| 12. | 17-V-53-0001 | DL 09/17-6 |
| | Wahl von ehrenamtlichen Patientenfürsprecherinnen gemäß § 7 Hessisches Krankenhausgesetz | |
| 13. | 17-V-80-8001 | DL 09/17-6 |
| | Beschäftigungsprojekt Bürokräft EXINA 2017 bis 2019 | |

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Dr. Völker
stellvertretender Vorsitzender